

### CSV verhindert Denkmalschutz

Über die mehr als fragwürdigen Umbauten - von der Regierung "Restauration" genannt - an den Altstadt Häusern zwischen Fischmarkt und Rost für die Zwecke der Abgeordnetenversammlung hat "forum" bereits berichtet (vgl. Nr. 114/Sept. 1989). Von der "Confrérie Saint-Michel", die sich neben "Stoppt de Bagger" und "Jeunes et Patrimoine" für den Erhalt der Häuser einsetzt, war zu erfahren, daß sie dem Bautenminister den Wiederaufbau der Monumentaltreppe am Haus Nr. 4 in der Rue Sigefroi vorgeschlagen hat, die erst in den 50er Jahren abgerissen worden war (vgl. Foto in "forum", Nr. 114, S. 4). Der Bautenminister verwies an den Staatsarchitekten. Dieser belehrte die "Confrérie", daß der Vorschlag zwar technisch realisierbar sei, doch aus juristischen, lies politischen Gründen nicht

verwirklicht werden könne. Per Tauschakt haben nämlich die früheren Besitzer des turmartigen Hauses Nr. 8, das in das Gesamtprojekt einbezogen wird, vom Staat das Untergeschoß des Hauses Nr. 4 zur kommerziellen Nutzung erhalten. Der Bau der Treppe würde aber die Einrichtung eines Geschäftslokals an dieser Stelle verhindern. Nun muß man wissen, daß es sich bei der betreffenden Familie, die sich lange gegen die Veräußerung ihres Hauses, in dem ein Souvenirladen untergebracht war, sträubte und die erst nach zähen Verhandlungen mit dem - zu ihren Gunsten - sehr ungleichen Tausch, der auch in der Abgeordnetenversammlung einiges Zähnknirschen verursachte, einverstanden war, um führende Mitglieder der CSV handelt. Kommerzielle und parteiinterne Interessen verhindern also die

Realisierung einer der wenigen Verbesserungen, die angesichts der völligen Entkernung der historischen Bausubstanz überhaupt noch möglich gewesen wäre.

Zu bedauern ist auch, daß die staatliche Denkmalschutzkommission einmahl mehr von vornherein die weitreichenden Umbauten, die auf keinen Fall dem Geist des Denkmalschutzgesetzes gerecht werden, guthieß, statt die Politiker vor ihre Verantwortung zu stellen. Auch der Denkmalschutzkommission scheint noch nicht klar zu sein, ob die herrlichen Fußböden aus Eichenholz denn nun aus angeblichen Sicherheitsgründen durch Betondecken ersetzt oder zum Bau von Liftschächten zerstört werden, oder ob ihr Wunsch nach Erhaltung dieses wichtigen Bauelements berücksichtigt werden wird.

m.p.

## Iliescu versuchte einen neuen Reichstagsbrand

*Dan Oprescu, 36, Historiker, ist Redaktionsmitglied der Wochenzeitung '22', die zu einem Flaggship der demokratischen intellektuellen Opposition geworden ist. Die Ausgabe der letzten Woche konnte nicht erscheinen, da sich angeblich die Druckereiarbeiter weigerten, dieses „regierungsfeindliche Blatt“ zu drucken. Auch die regierungskritische Tageszeitung 'Romania Libera' wurde ab Donnerstag am Erscheinen gehindert. In beiden Zeitungen erschienen am Donnerstag letzter Woche Bergarbeiter, um die Redaktionen einzuschüchtern. Dan Oprescu war auch Mitglied der rumänischen Delegation, die vor zwei Wochen zur der Menschenrechtskonferenz der KSZE in Kopenhagen eingeladen war.*

**taz:** Wie ging die Aktion der Bergarbeiter hier in der Redaktion vor sich?

**Dan Oprescu:** Wir wurden durch einen Anruf informiert, daß Bergarbeiter von Zivillenaufgefordert waren, hier nach dem „Rechten“ zu sehen. Wir haben sofort die Polizei informiert, die dann auch tatsächlich kam. Fünf Polizisten haben dann das Haus vor den anrückenden Bergarbeitern gesichert. Interessant ist der Umstand, daß ein Mann, auf den die Bergarbeiter hörten, ein Papier der Stadt vorlegte, das uns die Nutzungsrechte am Haus streitig machen wollte. Es gehörte nämlich früher dem kommunistischen Jugendverband.

Da der Bürgermeister auch informiert war und zu uns kam, wurde festgestellt, daß das Papier eine Fälschung ist. Bis Montag konnten wir dann selbst nicht mehr in die Redaktionsräume. Wir werden aber weitermachen und alles daran setzen, die nächste Zeitung herauszubringen. Vielleicht müssen wir aber den Umfang reduzieren und statt 24 nur noch 16 Seiten bringen.

*Iliescu hat der Opposition vorgeworfen, „rechtsradikal“ zu sein und von der „Eisernen Garde“, der faschistischen Organisation der Zwischenkriegszeit, gelenkt zu werden.*

Das ist eine Ungeheuerlichkeit. Die klassische „faschistische Bewegung“ wurde schon 1941 durch den Diktator Antonescu zerstört. Aber das nur nebenebei. Es mag noch einzelne „Kameraden“ geben, sie stellen aber keine Bedrohung mehr dar. Dagegen konnte sich im Schutze der Front eine rechtsradikale Strömung halten oder etablieren. Die um die Zeitung 'Romania Mare', „Großes Rumänien“, gescharte Gruppe wird von Iliescu und der Front nicht behelligt.

Die beiden bekanntesten Vertreter dieser Gruppe, Eugen Barbu und Corneliu Vadim Tudor, die von Italien aus unterstützt werden, nämlich von Iosif Constantin Dragan, sind als Securisten bekannt. Sie waren schon aktiv für Ceausescu, der sehr bewußt auf nationalistische Strömungen in der Partei baute.

Jetzt favorisieren diese Leute die Linie der Regierung, indem sie uns, der Zeitung '22' und 'Romania Libera', vorwerfen, „antirumänische Aktivitäten“ zu unterstützen und verantwortlich für alles zu sein, was passiert.

Schon der Begriff erinnert an die McCarthy-Ära, ein Signal für die Intellektuellenhatz. Sie hat ja schon begonnen. Auf einer Liste für Leute, die verhaftet werden sollen, stehen die Namen unserer gesamten Re-

daktion. Unserem Chefredakteur, Stelian Tanase, der zur Zeit in Schweden ist, wurde bedeutet, nicht mehr ins Land zurückzukehren. Er war sehr aktiv auf dem „Platz der Universität“. Diese spezielle Art der Unterdrückung kennen wir schon aus der Zeit vor der kommunistischen Machtübernahme kurz nach 1945. Heute benutzen sie wieder ähnliche Methoden und Inhalte.

*Es soll zu Spannungen innerhalb der Front über den weiteren politischen Weg gekommen sein. Silviu Brucan, der Chefideologe der „Front der Nationalen Rettung“, ist von Iliescu abgerückt. Ende letzter Woche haben das Kulturministerium und das Erziehungsministerium scharf Stellung gegen den Aufmarsch der Bergarbeiter genommen.*

Es soll zu Auseinandersetzungen innerhalb der Front geben, das ist richtig. Denn die Aktion der Bergarbeiter geht manchen auch dort zu weit. Interessant ist die Position von Verteidigungsminister Stanculescu. Er gibt sich in dem Konflikt neutral. Erinnern wir uns an Temeswar im Dezember. Ceausescu wollte dort auch Arbeiter einsetzen, die Armee war aber dagegen.

Doch solange man keine neue Politik spüren kann, sind diese Spekulationen müßig. Wichtig ist festzuhalten, daß die Regierung und Iliescu am 13. Juni die Methode des „Reichstagsbrands“ versuchten. Es ist inzwischen klar, daß die Feuer im Innenministerium und im Fernsehgebäude nicht von Demonstranten der demokratischen Bewegung gelegt wurden, sondern im Gebäude selbst. So gesehen ist die Aktion der Bergarbeiter selbst eine an den Faschismus erinnernde Vorgehensweise, und deshalb betone ich den Vergleich mit dem Reichstagsbrand.

*Wie ist die Zustimmung für Iliescus Bergarbeiteraktion bei weiten Teilen der Bevölkerung zu erklären?*

In der Tat waren die Wahlen regulär und zeigen den Bewußtseinsstand der Rumänen auf. Viele geben sich eben mit kleinen Erleichterungen zufrieden, die Bauern haben etwas Land bekommen, die Arbeiter die Fünf-Tage-Woche.

Und vergessen wir nicht, die großen Fabriken wurden unter Ceausescu gebaut, in ihnen wird wenig produktiv gearbeitet, das Versprechen Iliescus, die Arbeitsplätze zu erhalten, ist für viele wichtig. Diese Arbeiter kommen vom Land, leben in schlechten Wohnungen, vielen erscheint dieses Leben aber noch besser als das auf dem Lande. Es hat also einen „Sozialen Vertrag“ gegeben zwischen der Front und einem großen Teil der Bevölkerung.

Die Bergarbeiter sind besonders privilegiert, sie bekommen mit 5.000 Lei das Doppelte eines Durchschnittsgehalts. Sie haben ihre Privilegien, gekürzte Arbeitszeiten, hohen Lohn und lange Ferien verteidigt. Außerdem sind diese Arbeiter nach dem Streik im Shili-Tal von 1977 massiv eingeschüchtert und durch Ceausescu-treue Arbeiter ausgetauscht worden.

Die Intellektuellen haben nicht verstanden, daß es diesen Sozialvertrag gibt. Seine Existenz erklärt aber, daß die Regierung und Iliescu sich von Anfang an weigerten, einen echten Dialog mit der Demokratiebewegung zu beginnen. *Interview: Erich Rathfelder*

in TAZ

## "Die Kirche und Ihr Geld"

Unter diesem Titel veröffentlicht das bischöfliche Generalvikariat Trier eine Broschüre, in der das Bistum Trier seinen Finanzhaushalt für das Jahr 1990 offenlegt. "Seit es die Kirche gibt, gibt es den Streit um die Kirche und ihr Geld", heißt es gleich in den Einleitungssätzen. "Nun ist die Kirche zwar nicht von der Welt, aber sie lebt in der Welt, und kann ohne Geld nicht existieren." Damit wird der Haushalt in Höhe von 440 100 000 DM gerechtfertigt. Die Broschüre, die im Generalvikariat, Hinter dem Dom, 6, D-5500 Trier, erhältlich ist, informiert über die Herkunft des Geldes (81% aus den Kirchensteuern, 0,12% aus Kollekten) und über die beabsichtigten Ausgaben (51% für die Seelsorge, 19% für soziale Dienste, 17% für Schulen und Bildung). Wenn solche Aufklärung auch die prinzipielle Frage des Reichtums der Kirche und deren Glaubwürdigkeit nicht lösen kann, so stellt sie sicher einen Fortschritt in Richtung Transparenz und Rechenschaft gegenüber dem Kirchenvolk dar. Eine Nachahmung seitens der Luxemburger Diözesanverwaltung wäre wünschenswert.

m.p.

## Gewissensforschung in Nicaragua

Unter dem Titel "Revolution abge wählt?" setzt sich Karl Burgmaier in der April-Nummer der Zeitschrift "Sozialismus" sehr kritisch mit den Ursachen der Wahlniederlage der Sandinisten auseinander. Dabei versucht er nicht der US-Unterstützung für das heteroklote Wahlbündnis UNO die Schuld in die Schuhe zu schieben; eher schon sucht er die Ursache in der auch exogen bedingten schwierigen wirtschaftlichen Lage, vor allem aber bei den politischen Fehlern, die die Sandinisten selbst zu verantworten haben, insbesondere bei der zunehmenden Abkoppelung der politischen Führerschaft vom Volk. Ob das Luxemburger Nicaragua-Komitee angesichts seiner bislang eher unkritischen Solidarität mit dem nicaraguanischen Volk (lies: Regierung) mit dem Abdruck dieses unverblühten Beitrag in seinem Informationsblatt (Nr. 67/Mai 1990) eine neue Denkart auch in den eigenen Reihen signalisieren will, bleibt abzuwarten.

m.p.